

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Kapitel Einleitung	11
I. Der Vorschlag zur „einvernehmlichen Verständigung“ im Fall des brandenburgischen Unterrichtsfachs „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER)“	13
II. Der Vergleich in der deutschen Verfassungstradition	19
III. Der Gang der Untersuchung	21
2. Kapitel Grundüberlegungen zur Zulässigkeit eines Prozeßvergleichs	27
I. Der Prozeßvergleich.....	27
1. Die allgemeine Charakterisierung des Prozeßvergleichs	27
2. Die Doppelnatur des Prozeßvergleichs	31
3. Das Nachgeben der Beteiligten und der materiell-rechtliche Vergleichsvertrag.....	33
4. Die Vorteile des Vergleichs in Abgrenzung zu anderen Prozeßrechtsinstituten	36
5. Zwischenergebnis: der „allgemeine“ Prozeßvergleich.....	40
6. Prozeßvergleiche und ähnliche Vereinbarungen in den einzelnen Gerichtsbarkeiten	41
a) Der Ausgangspunkt: die Zweiteilung der Rechtsordnung in Öffentliches Recht und Privatrecht.....	41
b) Der Vergleich im Zivil- und Arbeitsgerichtsprozeß.....	43
c) Der Vergleich im Verwaltungs- und Sozialrechtsprozeß – Leitbild für den verfassungsgerichtlichen Vergleich ?.....	44
d) Der „Deal“ im Strafprozeß.....	58
e) Absprachen im Steuerrecht	60
f) Schiedsrichterliches Verfahren nach §§ 1025 ff. ZPO	62
g) Mediation	63
h) Zwischenergebnis: keine bloße Rezeption	64
II. Die besondere Konzeption des Verfassungsprozeßrechts	65
III. Die Direktionskraft der Verfassung	75

IV. Rechtskraft und Bindungswirkung verfassungsgerichtlicher Entscheidung und der Prozeßvergleich.....	79
V. Zulässigkeit, Gegenstand und Beteiligte eines verfassungsrechtlichen Vertrages	81
VI. Zwischenergebnis.....	84
3. Kapitel Die Weichenstellung: bestimmter oder unbestimmter Verfassungsinhalt für die gestellte Verfassungsfrage	87
4. Kapitel Die materiell-rechtliche Zulässigkeit des Prozeßvergleichs	91
I. Beispiele für absolute Grenzen: Ewigkeitsgarantie und Parlamentsvorbehalt.....	93
II. Einige Bereiche größerer Gestaltungsfreiheit bzw. möglicher Dispositivität	94
1. Die Grundrechte	94
a) Das Gleichbehandlungsgebot des Art. 3 Abs. 1 GG	96
b) Die Schutzpflichten aus Grundrechten	97
2. Die Staatszielbestimmungen und deren Gewährleistungen (insb. Sozial- und Rechtsstaat).....	98
III. Das Staatsorganisationsrecht und die Frage der (Un)Verzichtbarkeit öffentlich-rechtlicher Befugnisse.....	99
1. Streitigkeiten zwischen den Gewalten (Interorganstreit)	100
2. Kompetenzausübungspflicht im System v. „checks and balances“?	104
IV. Das Bund-Länder-Verhältnis im Bundesstaat des Grundgesetzes	108
1. Der Grundsatz: Die strikte Kompetenzverteilung	109
2. Das Bedürfnis nach Zusammenarbeit	112
3. Die Erscheinungsformen der Zusammenarbeit.....	114
4. Die Grenzen der Zusammenarbeit	117
5. Die Gesetzgebungskompetenzen	123
6. Die Verwaltungskompetenzen	130
7. Die Kooperation der Länder untereinander	135
8. Die Auswärtigen Beziehungen: Außen- und Verteidigungspolitik..	141
a) Übertragung einer Kompetenz.....	144
b) Zusammenarbeit von Bund und Ländern.....	144
c) Auslegung einer umstrittenen Kompetenz.....	145
V. Zwischenergebnis.....	149

5. Kapitel	Die verfahrensrechtliche Zulässigkeit des Prozeßvergleichs	151
I.	Die Prozeßgrundsätze im Verfassungsprozeß: Dispositions- oder Offizialmaxime	152
1.	Die Ableitung der h.M. aus dem Verfahrenszweck.....	155
2.	Ausnahmen und Änderung des Verfahrenszwecks im Einzelfall	156
3.	Die Maßgeblichkeit des Streitgegenstands	157
4.	Die allgemeine Bedeutung	167
5.	Die Zulässigkeit des Prozeßvergleichs	167
II.	Die Beteiligungsverhältnisse der einzelnen Verfahrensarten	174
1.	Kontradiktorische Streitverfahren.....	175
2.	Objektive Kontrollverfahren	177
a)	Konkrete Normenkontrolle	178
b)	Abstrakte Normenkontrolle	178
c)	Weitere Normenkontrollen	184
3.	(Individual-) Rechtsschutzverfahren – Verfassungsbeschwerde.....	185
4.	Sonstige Verfahren.....	188
5.	Zwischenergebnis.....	191
III.	Verfahrenszweck und Vergleichseignung d. übrigen Verfahrensarten	191
6. Kapitel	Die Konstellationen eines Vergleichs im Verfassungsprozeß	195
I.	Der Verfassungsinhalt ist nicht eindeutig bestimmt	195
II.	Der Verfassungsinhalt ist eindeutig bestimmt	196
III.	Sonderfall: Vorgehen gegen ein Gesetz.....	196
1.	Verfassungsinhalt nicht eindeutig bestimmt.....	197
2.	Verfassungsinhalt eindeutig bestimmt.....	197
IV.	Sonderfall: Verfassungsbeschwerde	198
V.	Sonderfall: der Inhalt des Vergleichs soll die Änderung oder der Erlaß eines Gesetzes sein.....	199
7. Kapitel	Der unwirksame Vergleich und seine Folgen für den Prozeß	203
8. Kapitel	Zusammenfassung	207
Literaturverzeichnis		213